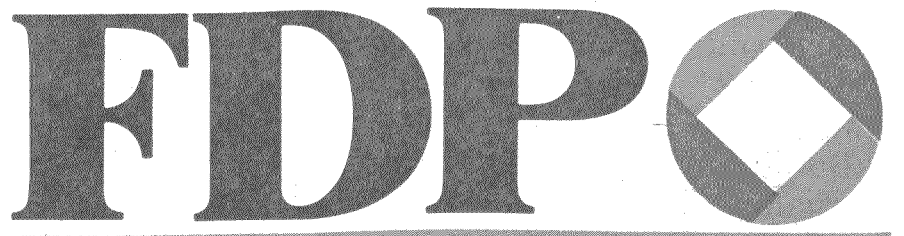


Der Freisinn



5803

Nr. 5
Mai 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Massnahmen zur Bekämpfung unumgänglich

Schwarzarbeit als «heimliche Wirtschaft»

Auch in der Schweiz stellt die Schattenwirtschaft ein nicht mehr zu ignorierendes Phänomen dar. Dazu gehören im engeren Sinn diejenigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, die im Sozialprodukt erfasst werden sollten, es aber nicht sind, wie vor allem die Schwarzarbeit etwa im Gastgewerbe, beim Hausbau oder bei Autoreparaturen.

Das Ausmass der Schattenwirtschaft dürfte gegenwärtig im Vergleich zum offiziellen Brutto- sozialprodukt ungefähr 5% betragen. Die Zahl der Schwarzarbeiter lag gemäss einer im vergangenen Jahr erschienenen Studie einer Forschergruppe an der Universität Zürich über die «heimliche Wirtschaft» zu Beginn der achtziger Jahre bei rund 140 000 (umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte). Am bedeutendsten war die Schattenwirtschaft in den Bereichen Hauswirtschaft und Reinigung, Gastgewerbe, Bau, Reparaturgewerbe und in der Landwirtschaft.

Auswirkungen zwingen zum Handeln

Zur Eindämmung der Schwarzarbeit von Ausländern beschloss der Ständerat nun eine Änderung

des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG). Die Neuregelung bringt schärfere Sanktionen gegenüber gewerbmässigen Schleppern und Schlepperorganisationen und soll auch der Schwarzarbeitsvermittlung einen stärkeren Riegel schieben. Auch Arbeitgeber, die ausländische Schwarzarbeiter beschäftigen, sehen härteren Strafen entgegen.

Massnahmen gegen die Schwarzarbeit drängen sich angesichts ihrer Folgen auf. Eine der wichtigsten ist die Schmälerung der Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge, was zu einer verschärften Belastung der ehrlichen Steuerzahler führen kann. Für diese nimmt in der Folge die Versuchung zu, ebenfalls in die Schattenwirtschaft auszuweichen: ein Teufelskreis. Die damit verbundene schwin-

dende Respektierung der staatlichen Autorität weckt staatspolitische Bedenken. Ein gravierendes Negativum der Schattenwirtschaft ist auch die häufige Nichteinhaltung von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften.

Eine positive Auswirkung der heimlichen Wirtschaft besteht allenfalls in ihrem möglichen stimulierenden Effekt auf die offizielle Wirtschaft, indem sie dort den Wettbewerb anregt und damit zu einer Effizienzsteigerung beiträgt. Und schliesslich setzt der Umfang des heimlichen Sektors auch Warnsignale an den Staat, die Steuerbelastung und Reglementierung in Grenzen zu halten.

Härtere Strafen ursachengerecht?

In welchem Verhältnis stehen die nun vom Ständerat beschlossenen Strafmassnahmen zu den Ursachen der Schwarzarbeit? Einen ihrer ergiebigsten Nährböden findet diese wohl in der gestiegenen Belastung mit Steuern und Abgaben, die den Anreiz verstärkt, dem Fiskus seinen Anteil zu verweigern. Auch die Flut einengender staatlicher Vorschriften fördert das Ausweichen in den heimlichen Sektor. Bei all dem spielt die stark von der Einstellung der Bürger zum Staat beeinflusste Steuermoral eine wesentliche Rolle. Ein wichtiges Motiv für Schwarzarbeit sind im übrigen

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Diskussion über das Verhältnis Schweiz - EG

EG: Kann oder muss die Schweiz «draussen» bleiben?

Unvermittelt ist die Frage aufgetaucht, ob unsere auf die Weltmärkte ausgerichtete Wirtschaft langfristig zu bestehen vermöge, falls die Schweiz ausserhalb der sich immer dynamischer entwickelnden Europäischen Gemeinschaft bliebe. Was ist von dieser Befürchtung zu halten? FDP-Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon, LU), als Unternehmer mit Betrieben in der Schweiz und in Deutschland von dieser Frage selbst betroffen, gibt eine Antwort:



können, liegt auf der Hand. Wenn die einzelnen EG-Mitglieder Souveränitätsminderungen bei der Mitsprache eingehen, kann die EG Drittstaaten keine volle Mitsprache gewähren, weil diese sonst bessergestellt wären als die eigenen Vollmitglieder. Welche Risiken ergeben sich daraus für die Schweiz?

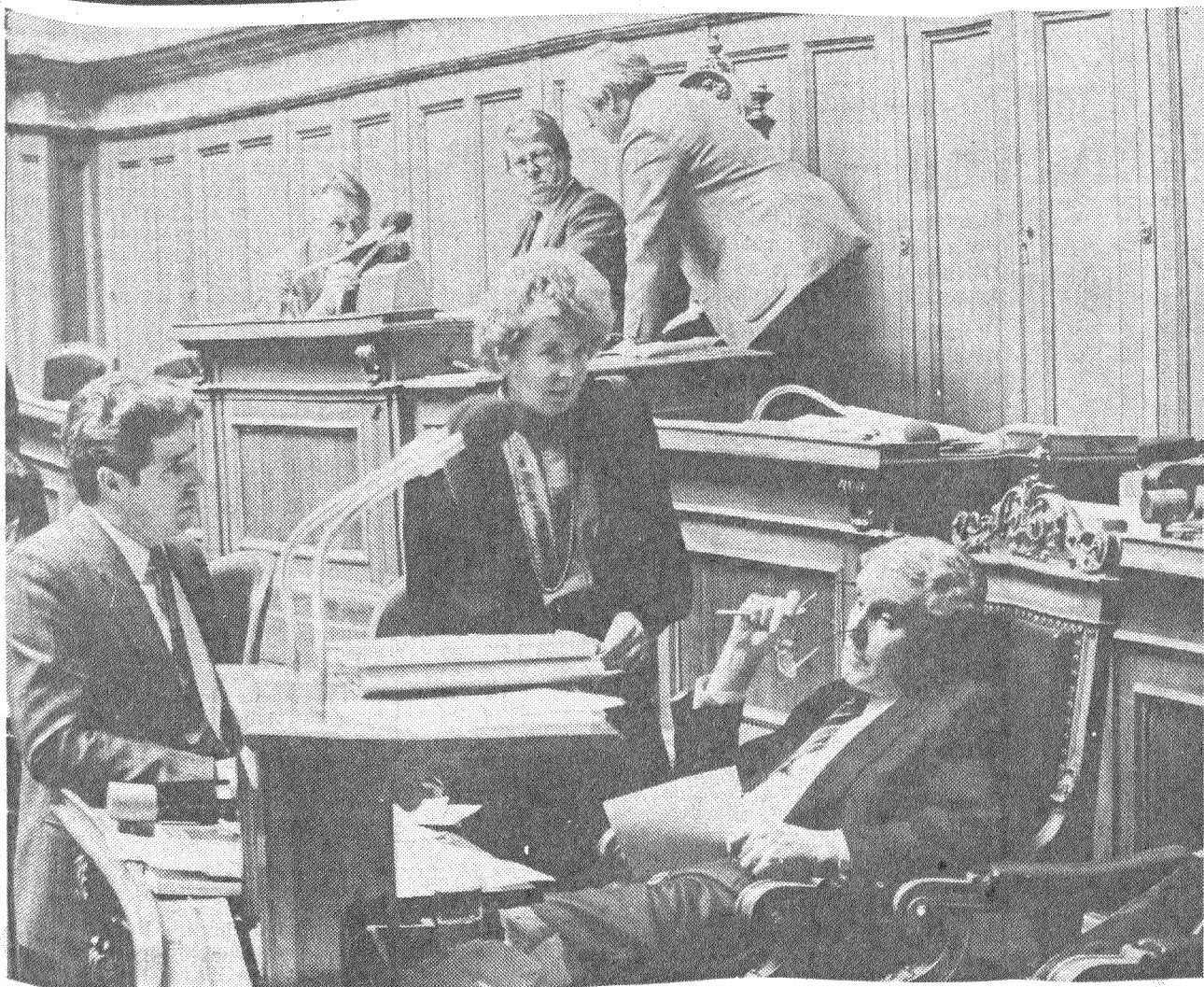
Die Herausforderungen für die Schweiz

Jetzt schon zeichnet sich die Gefahr ab, dass wir unser Recht mehr und mehr demjenigen der EG anpassen müssen, wenn wir den freien Zutritt zu den für unseren Wohlstand lebenswichtigen EG-Märkten sichern wollen. Wer aber nur noch fremdes Recht importiert, wird zu einer Art Satellit mit begrenzter Autonomie. Die neue EG-Dynamik könnte zu einer neuen Spaltung des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes führen, was die Wirtschaft eines ausgesprochenen Exportlandes empfindlich treffen müsste. Zudem wächst die Gefahr, dass sich die grossen Wirtschaftsblöcke USA, Japan und EG direkt arrangieren, und zwar ohne Rücksicht auf kleinere Welthandelsnationen.

Beitritt ist keine realistische Alternative!

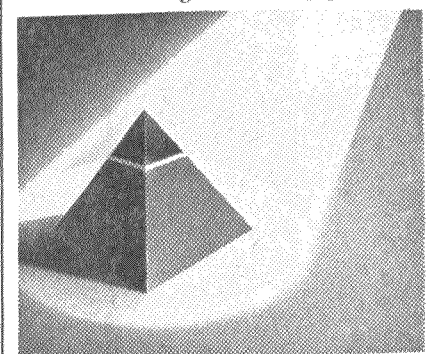
In letzter Zeit mehren sich die Stimmen, welche zur Vermeidung der kommenden Probleme auch

Fortsetzung auf Seite 4



Ein recht skeptisch dreinblickender Bundesrat Flavio Cotti im Gespräch mit den beiden freisinnigen Volksvertretern Vreni Spoerry-Toneatti (ZH) und Karl Tschuppert (LU). Auf dem Präsidentenstuhl der Grossen Kammer Jean-Jacques Cevey (fdp., Waadt), flankiert von Pierre Savary (fdp., Waadt) und links Kurt Meyer (sp., Bern). (Photo ruti)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Zur informations- und medienmässigen «Bewältigung» von «Tschernobyl» und «Schweizerhalle»

Ernüchterndes Ergebnis

An der diesjährigen Generalversammlung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Preserverbandes nahm dessen Präsident, Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor «Der Landbote», Winterthur, auch zur informations- und medienmässigen «Bewältigung» von «Tschernobyl» und «Schweizerhalle» Stellung. Dabei kam er zu einem sehr ernüchternden Ergebnis:



Zu den aus dem Medienleben des abgelaufenen Verbandsjahres herausragenden Fixpunkten gehören die Bewältigung der Informationsprobleme im Zusammenhang mit der Kernreaktorkatastrophe von Tschernobyl und dem Chemieunfall von Schweizerhalle.

Tschernobyl erhielt mit dem Ruf nicht nur der Medien, sondern auch der nationalen Behörden nach rascher und umfassender Information über nationale Dimensionen. Weniger das unverzügliche Offenlegen der Ursachen als das rasche Erfassen der Verstrahlung und ihrer Folgen für die Bevölkerung stellte die nationale Alarmzentrale ebenso vor Probleme wie die koordinierte und eindeutige Information. In den wichtigsten, von Unsicherheit auch in unserer Bevölkerung geprägten Phasen des radioaktiven Ausfalls wirkte sich die mangelnde Koordination zwischen mehreren, vom Bund eingesetzten Expertengruppen in differierenden Interpretationen und Informationen, aber auch in der zeitweiligen Blockierung des zu eng angelegten Zugangs zu zuverlässigen Informationsquellen aus.

Das von Unsicherheit geprägte Verhalten der Behörden im In- und Ausland beim Erlassen von Schutzmassnahmen und in der entsprechenden Information erschwerte die analytische und interpretierende Arbeit der Medien. Immer auf das Weitergeben des Neusten bedacht, setzten sie sich mit Veröffentlichungen der jeweils neusten, oft älteren widersprechenden Nachrichten dem Vorwurf der Unglaubwürdigkeit aus. Er traf immer dann zu, wenn die Pflicht zur Überprüfung der Wahrhaftigkeit einer Information dem konkurrenzbedürftigen Zwang zum Allerneusten geopfert wurde. Nur wenige leisteten sich den Luxus, auf das Neueste zu verzichten, um in Ruhe dessen Richtigkeit zu überprüfen und ihre Informationskonsumenten nicht mit Halbwahrheiten und Spekulationen zu verwirren.

Die Behörden haben national und international auf den unzureichenden Informationsfluss und ihre eigenen Fehlleistungen reagiert. Sie haben eingesehen, dass nur die offene, zuverlässige und umfassende Information der Medien das Verhalten des Volkes in einer kritischen Situation richtig zu beeinflussen vermag.

Ein weit milderes Bild bot der Chemieunfall bei Sandoz in Schweizerhalle. Nähe und Dimensionen des Unfalls machten ihn für die Medien fassbar. Um so unfassbarer war die Informationspolitik von Sandoz, die keine Lehren aus Tschernobyl spüren liess und Schweigen immer noch als sinnvoll erachtete, als gut recherchierte Informationen zur Konfrontation mit harten Fakten führten. Der späte Schwenk von Sandoz zur breiteren Information vermochte eine alte Erkenntnis nicht zu widerlegen: Wer aus der Defensive um Glaubwürdigkeit ringen muss, hat sie schon halb verloren.



Alt Bundesrat Dr. Fritz Honegger im Gespräch mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. Dazwischen ist FDP-Präsident, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), zu erkennen. (Photo Ruti)

Fortsetzung von Seite 1

zweifelloso finanzielle Zwänge, insbesondere bei Familien mit kleinen Kindern. Der Einfluss kürzerer Arbeitszeiten und der Arbeitszeitflexibilisierung auf die Motivation zur Schwarzarbeit hängt davon ab, ob sie den Vorstellungen der Betroffenen entsprechen oder nicht.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Beschlüsse des Ständerates eher als Symptombekämpfung, als Sofortmassnahmen denn als ursachengerechte Therapie. Die Erfahrung zeigt, dass mit Verboten, Kontrollen und härteren Strafen allein Schwarzarbeit und Schwarzmärkten nur schwer beizukommen ist, da immer wieder Wege gefunden werden, durch die Maschen der Gesetze zu schlüpfen. Schliesslich handelt es sich bei der Schwarzarbeit auch um eine Erscheinung, die viel weitreichender als das Problem der Beschäftigung illegaler ausländischer Arbeitskräfte ist. Der Anteil der ausländischen Schwarzarbeiter wird nämlich nur auf etwa 35 Prozent aller in der heimlichen Wirtschaft tätigen Personen geschätzt – im Bau- und Gastgewerbe sowie in den Hauswirtschafts- und Reinigungsdiensten allerdings dürfte der Ausländeranteil an den Schwarzarbeitern über 50 Prozent liegen. Der grösste Teil der Schwarzarbeit geht somit auf das Konto von Schweizern.

Den Nährboden entziehen

Eine langfristig erfolgreiche Strategie gegen die heimliche Wirt-

schaft muss diese ihrer Grundlage berauben. Grosse Bedeutung kommt dabei generell der Verminderung der Steuerbelastung zu. So sind beispielsweise Bestrebungen, Verheirateten und Familien mit Kindern gewisse Steuererleichterungen zu gewähren, zu unterstützen. Zudem sollten staatliche Gesetze und Vorschriften die Wirtschaft nicht zu sehr einschränken, verständlich und damit transparent sein. Vermehrte, individuelle Bedürfnisse berücksichtigende Flexibilisierung der Arbeitszeit und weniger starre Lösungen bei der Zuteilung von Saisonarbeitern wären ebenfalls geeignete Mittel zur Einschränkung der Schwarzarbeit.



Gegen Abbau von Abonnementsvergünstigungen für Studenten bei den SBB

Der Ausschuss für Jugendpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) protestiert dagegen, dass die SBB auf Beginn dieses Jahres den Anspruch auf Bezug eines Studentenabonnements auf 25 Jahre herabgesetzt haben. Nach Meinung des von Adriano Censi (Lugano) geleiteten Gremiums werden durch diesen Beschluss jene Studenten diskriminiert,

Mindestanforderungen an erneuerte SRG-Konzession

Stellungnahme des freisinnigen Medienausschusses

Bei der bevorstehenden Erneuerung der SRG-Konzession, die Ende dieses Jahres ausläuft, handelt es sich nicht nur um eine «formelle Anpassung», wie der Bundesrat letztes Jahr beschwerlich verlauten liess. Vielmehr handelt es sich – neben der auf den 15. April angekündigten Wahl des Generaldirektors durch den SRG-Zentralvorstand – um eine der derzeit wichtigsten medienpolitischen Weichenstellungen. Der von Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) geleitete Medienausschuss der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) fordert den Bundesrat deshalb auf, mindestens folgende Verbesserungen und Präzisierungen an der SRG-Konzession vorzunehmen, wie sie übrigens auch im Postulat der FDP-Fraktion der Bundesversammlung vom 2. Oktober 1986 verlangt worden waren: **Erstens eine Verbesserung der Führungsstrukturen der SRG durch eine Stärkung der Kompetenzen des Generaldirektors, der gegenüber der Konzessionsbehörde die Verantwortung trägt. Sowie zweitens eine genauere Umschreibung der Tätigkeit der SRG im Programmbereich durch eine explizite und abschliessende Nennung der ausstrahlenden Radio- und Fernsehprogramme. Damit sollen nicht zuletzt weitere Terrainbesetzungen der SRG im Vorfeld der definitiven Ausarbeitung des Radio- und Fernsehgesetzes verhindert werden, mit denen nach bisherigen Erfahrungen durchaus gerechnet werden muss. Insbesondere darf der SRG nicht erlaubt werden, die Nutzung der vierten Senderkette durch zusätzliche SRG-Fernsehprogramme nationaler, sprachregionaler oder lokaler/regionaler Art zu präjudizieren.**

die sich in einem längeremstrigen Fachbereich ausbilden, die erst auf dem zweiten Bildungsweg das Studium aufgenommen haben oder die wegen Absolvierung militärischer Kurse ihre Ausbildung später abschliessen.

Der Ausschuss begrüsst deshalb einen von Nationalrat Titus Giger (FDP, SG) eingereichten Vorstoss. Darin wird der Bundesrat aufgefordert, bei den SBB dahinzuwirken, dass Studentenausweise auch nach dem 25. Geburtstag des Inhabers wie bis anhin Anrecht auf Abonnementsvergünstigung geben. Im übrigen gibt er seinem Befremden darüber Ausdruck, dass zu einem Zeitpunkt, da die Förderung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs auch über den Preis zur Diskussion steht, diesen Bestrebungen entgegen gesetzte Massnahmen ergriffen werden. Die von der SBB als Begründung für diesen Schritt gelieferte Argumentation, dass damit eine Vereinfachung im Tarifbereich verbunden sei, hält der freisinnige Jugendausschuss als wenig stichhaltig, da beispielsweise im internationalen Bahnverkehr der 26. Geburtstag als Altersgrenze zum Bezug der Billette für Jugendliche gilt.

Milzbereitschaftstruppe prüfen

Neue Bedrohungsformen (indirekte Kriegsführung, strategischer Überfall) mit immer kürzer werdenden Vorwarnzeiten zwingen die Armeeleitung, die Schaffung einer Milzbereitschaftstruppe unter Einhaltung bestehender Rahmenbedingungen zu prüfen. Dies erklärte Generalstabschef Eugen Lüthy vor dem Ausschuss für Militärpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der einem solchen Vorhaben positiv gegenübersteht.

Das von Nationalrat Dr. Paul Wyss (BS) präsierte Gremium liess sich vom Generalstabschef über Probleme der Bereitschaft ins Bild setzen. Lüthy meinte, dass die Schweiz in Anbetracht heutiger und zukünftiger Angriffsmöglichkeiten auf hohe Anfangsleistung und rasche Reaktion angewiesen sei. Deswegen müsse die Schaffung einer Bereitschaftsgruppe in Erwägung gezogen werden. Dass diese Formation nur im Rahmen unseres Milzsystems in Frage komme, sei für ihn eine Selbstverständlichkeit. – Unter den allgemeinen Feststellungen forderte Lüthy einen vermehrten Einsatz für die Belange der Armee. Dem Rüstungsreferendum und weitergehenden Vorstössen, die am «Gerüst der Armee nagen», erteilte er eine deutliche Abfuhr.



Marc-Olivier Perrudet, Cortaillod

Er ist ausdauernd – wir auch.

Marc-Olivier Perrudet hat seine beruflichen Ziele weit gesteckt. Ihm ist nicht egal, wer morgen seine Weichen stellt. Wir alle, so sagt er, sind selbst für das verantwortlich, was rund um uns herum läuft.

Deshalb ist er bei der FDP. Hier trifft er Leute aus verschiedensten Kreisen. Ihr Ziel ist dasselbe. Sie wollen die Zukunft aktiv gestalten und Weichen stellen.

Und Sie?

Coupon:

- Ja. Ich will die Zukunft mitgestalten. Bitte rufen Sie mich unverbindlich an, informieren Sie mich über die FDP.
- Bitte senden Sie vorerst nur Ihre Unterlagen.

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

In Blockschrift ausfüllen und einsenden an das FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Ihre Anfrage wird an die FDP an Ihrem Wohnort weitergeleitet.

FDPO
Freisinnig-Demokratische Partei

«Grün» als Wahlkampfthema

Umweltpolitische Gratwanderung

«Grün» sind die Akzente gesetzt für die eidgenössischen Wahlen des kommenden Herbstes. Darauf lassen kantonale und kommunale Wahlen sowie die bisher bekannten Parteiprogramme schliessen. FDP-Nationalrat Walter Zwingli (Rheineck SG) zeigt nachstehend auf, wie Umweltpolitik aus freisinniger Sicht zu sehen ist:

Früher ging es beim Umweltschutz hauptsächlich um verschmutztes Wasser. Mit zwar kostspieligen Einrichtungen lässt sich verschmutztes Wasser wieder reinigen. Niemand musste sich deswegen einschränken oder umstellen. Wasser wurde bisher kaum zum politischen Thema.

Von 1983 ...

Vor den eidgenössischen Wahlen 1983 stellten wir auch bei uns bedeutende Waldschäden fest. Viele Beobachtungen und Messdaten wiesen auf die Zusammenhänge mit der stark gestiegenen Luftverschmutzung hin. Verschmutzte Luft kann nicht gereinigt werden. Bei der Luft kann nur die Verhinderung der Verschmutzung zum Ziele führen. Damit begann die Auseinandersetzung um die Quellen der Luftverschmutzung und die notwendigen und geeigneten Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Die Luftverschmutzung war damit zum politischen Thema geworden.

Wir verfügten damals noch über sehr dürftige Unterlagen. Viele Annahmen und Behauptungen konnten zu Recht in Zweifel gezogen werden. Die ganze Problematik der Luftverschmutzung wurde zu lange und zu einseitig am Waldsterben «aufgehängt». Luftverschmutzung war damals für viele von uns eine neue Herausforderung. So neu war die ganze Problematik natürlich nicht. Bereits Jahrzehnte früher traten in verschiedenen europäischen und überseeischen Agglomerationen Smog-Situationen auf, die auch zu entsprechenden Massnahmen führten. Die Katalysator-Technologie ist in Japan und in den USA seit Jahren eingeführt. Wir kämpften im St. Galler



Rheintal bereits 1964 in vorderster Front gegen ein ölthermisches Kraftwerk.

... bis heute

Wo stehen wir heute? Uns stehen nun umfangreiche Unterlagen über die Quellen und die Folgen der Luftverschmutzung zur Verfügung. Verschiedene Massnahmen sind eingeleitet und beginnen wirksam zu werden. Ich denke zum Beispiel an die Katalysator-Technologie und die bereits wesentlich verminderte SO₂-Belastung. Damit stellt sich die Frage: Genügt das? Ein Kind soll gelobt werden, auch wenn sein begonnenes Wohlverhalten noch nicht ganz ausreicht. Haben auch wir für unser Wohlverhalten bereits ein erstes Lob verdient? Wir haben 1986 trotz Tschernobyl 2,3% mehr Energie und 4,4% mehr Benzin verbraucht. Obwohl bleifreies Benzin 6 Rappen billiger ist, war der Anteil von bleifreiem Benzin erst 19,3%. Wir Automobilisten bezahlen in diesem Zusammenhang unnötigerweise etwa 60 Millionen Franken zuviel für das verbrauchte Benzin. Bis Ende 1986 sind die Auswirkungen der Katalysator-Technologie durch den weiter

zunehmenden Strassenverkehr mehr als aufgeessen worden. Wir hatten in unseren Agglomerationen am Ende der Heizperiode 1986/87 wochenlang bedenklich dicke Luft. Den Russen ist Tschernobyl und uns Schweizerhalle «passiert». Alles in allem kaum grosser Anlass zu Lob und Jubel!

Gesamtzusammenhänge sehen

In dieser Situation gehen wir in den Wahlkampf um die eidgenössischen Wahlen 1987. Ohne jeden Zweifel ist der Umweltschutz und insbesondere der Kampf gegen die Luftverschmutzung zu einem der brisantesten Wahlkampfthemen herangewachsen. Sicher werden die meisten Parteiprogramme den Umweltschutz unter die Hauptthemen ihres Wahlkampfes einreihen. Sicher werden viele Kandidaten ihr besonderes Flair für den Umweltschutz so gut wie möglich zu verkaufen suchen. Für die Wähler wird das Auswählen dadurch nicht einfacher.

Eine kleinere Partei hat es leichter, in extremer Lautstärke Massnahmen zur Verbesserung der Luft zu verlangen. Sie ist nicht verpflichtet, den Gesamtzusammenhang zu beachten. Sie darf sich sogar in Widersprüche verhaspeln. Eine grössere Fraktion trägt eine grössere Verantwortung. Sie muss verschiedene

Gesichtspunkte auf einen Nenner bringen.

Ich traue mir aus meiner beruflichen, aber auch aus meiner politischen Arbeit ein Urteil über die Umweltschutzarbeit der FDP als Partei und als Fraktion zu. Ich denke dabei als Beispiel an die Tschernobyl-Debatte und die Diskussion um das Luftreinhaltekonzept. Unsere Fraktion hat sich unter Beizug führender Fachleute seriös vorbereitet, eigene wirksame Konzepte erarbeitet und diese in der Kommissionsarbeit und im Rat auch durchgebracht.

Weiter vorwärts machen

In dieser Situation politische Verantwortung zu tragen ist tatsächlich nicht leicht. Wir wollen und müssen im Umweltschutz vorwärts machen. Massnahmen müssen ausgewogen und gerecht, aber auch durchführbar und wirksam sein. Auf der Suche nach solchen Massnahmen befinden wir uns häufig auf einer eigentlichen Gratwanderung zwischen jenen, die lautstark utopische Lösungen verlangen, und jenen, die immer noch alle wirksamen Massnahmen ablehnen!

Ich hoffe, dass die Umwelt auch diesen Wahlkampf 1987 überstehe und dass wir nachher wieder sorgfältig, beharrlich und erfolgreich an der Lösung der gestellten Aufgaben weiterarbeiten können.

FDP-Ziele im Wahljahr 1987

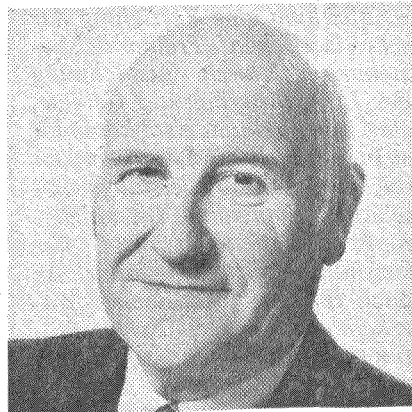
Liberaler Grundsätze weltweit im Aufwind

Liberaler Denken hat in den letzten zehn Jahren weltweit eine starke Renaissance erlebt, wie Nationalrat Kurt Müller (Meilen) hier darlegt. Eine weitere, unerträgliche Steigerung der staatlichen Regelungsdichte kann aber nur durch mehr Selbstverantwortung von Mensch und Gesellschaft und durch tatkräftiges Anpacken der aktuellen Probleme mit liberalen Lösungen verhindert werden.

In zahlreichen Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten stellt man seit etwa zehn Jahren mehr und mehr einen Szenenwechsel im politischen Denken fest. In Grossbritannien, in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in zahlreichen kleineren Ländern – letztlich sogar im «rot-grünen Hessen» – sind bürgerliche Parteien an die Regierung gekommen. Die sozialistischen Ideologen der 68er Bewegung sind enttäuscht, ermüdet, resigniert – aber ihre Schüler besetzen immer noch zahlreiche Posten in den Medien auch bei uns. Immer grösseres Gewicht haben nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern zum Beispiel auch in Frankreich (François Lyotard, Guy Sorman, Jean-Marie Benoist u. a.) liberale und konservative Gesellschaftskritiker erhalten, die nach einer Begrenzung bzw. einem Abbau der beengenden staatlichen Regelungsdichte und der Übertragung von mehr Selbstverantwortung und Freiheit an den Einzelnen und an die gesellschaftlichen Kräfte rufen.

Szenenwechsel im politischen Denken

Diese neue Sicht der Dinge, der ein Wandel in den Auffassungen von Kultur und Kunst parallel geht, kommt nicht von ungefähr. Die erhebliche Zunahme des Wohlstands und ihre sozialpolitische Sicherung, die enorme Zunahme der Mobilität und des Wohnkomforts, die Inthronisation des Staates als Heils- und Glücksbringer durch die Linke hat unsere Welt grundlegend geändert. In der Schweiz stieg die Staatsquote (Ausgaben der Verwaltungen, der Anstalten und Betriebe und der Sozialversicherungen) des Bruttosozialprodukts von 27,4 Prozent im Jahre 1960 auf 40,0 Prozent im Jahre 1984,



die Verwaltungsausgaben allein nahmen von 16,9 auf 26,5 Prozent zu. Prof. Rolf Dahrendorf hat letzthin festgestellt, dass bei den letzten schwedischen Wahlen erstmals mehr als 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler von staatlichen Löhnen oder Renten lebten.

Bessere Machtverteilung – mehr Selbstverantwortung

Die liberal-konservative Kritik richtet sich dagegen, dass der Staat immer stärker und immer weiter in die Lebensbereiche des Menschen eingreift und schliesslich zum dominierenden Faktor wird. Dem lässt sich nur entgegenwirken, wenn dem unliberalen Prinzip der Checks and Balances, der Machtverteilung, im Sinne des Föderalismus einerseits und der Selbstverantwortung der Einzelnen und der Solidarität der gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen andererseits wieder grössere Nachachtung verschafft wird. Es zeigt sich auch bei den bürgerlichen Regierungen im Ausland immer wieder, dass Schritte zurück aus staatlichen Leistungen und Subventionen schwierig sind, weil sich die Begünstigten mit Händen und Füssen gegen den Abbau wehren. Der FDP-Slogan «Mehr Freiheit

Parteitag

der FDP der Schweiz
am 8./9. Mai

in St. Gallen. Im Mittelpunkt steht die Diskussion und Verabschiedung der «Zielsetzungen 87/91». Alle Parteimitglieder sind mit beratender Stimme dazu herzlich eingeladen. Für Anmeldungen in letzter Minute: FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern. Telefon (031) 22 34 38.

und Selbstverantwortung, weniger Staat» hat im internationalen politischen Denken im letzten Jahrzehnt an Gewicht ständig zugenommen.

Liberaler Umweltschutzpolitik

Auch zur Bewältigung der aktuellen Probleme kommt heute dem Mittelteil, der von den politischen Gegnern vielfach verschluckt wurde, wachsende Bedeutung zu. Den ganzen Bereich des Umweltschutzes und einer sparsamen und auf Sicherheit angelegten Energiepolitik können wir zwar nicht ohne staatliche Rahmenbedingungen sinnvoll regeln. Aber die staatlichen Vorschriften können nur dann wirken, wenn ihr Vollzug bis zu jeder Firma und zu jedem Einzelnen gesichert ist, wenn das Bewusstsein der Gefahren und der Wille zum Handeln vorhanden sind. Und die besten Erfolge im Umweltschutz sind dann zu erzielen, wenn durch geeignete Anreize und Rahmenbedingungen die Innovationen und die Dynamik der Marktwirtschaft in den Dienst einer sinnvollen Umweltschutzpolitik gestellt werden. Bei der Anwendung liberaler, marktwirtschaftlicher Grundsätze wie eines allgemein angewendeten Verursacherprinzips oder einer Prämierung umweltfreundlichen Verhaltens wäre allerdings eine konsequentere und auch tatkräftigere Haltung auch in unseren Reihen wünschbar – wenn wir nicht schliesslich alles detaillierten staatlichen Vorschriften überlassen wollen.

Drei Grundpfeiler

Die FDP-Zielsetzung hat wohl im Wahljahr 1987 auf drei Grundpfeilern zu ruhen:

1. Sie sollte im Bereich der ordnungspolitischen Strukturen den liberalen Grundsätzen der Verteilung der Macht wieder stärker zum Durchbruch verhelfen und der Dominanz des Staates gegenüber die gesellschaftlichen Kräfte und ihre solidarische und ethische Grundhaltung stärken.

2. Sie sollte die aktuellen politischen Probleme vor allem im Bereich des Umweltschutzes, der Verkehrs- und Energiepolitik tatkräftig an die Hand nehmen und Lösungen vorantreiben, die unter Ausnutzung der marktwirtschaftlichen Kräfte rasche Wirksamkeit erreichen.

3. Im Gegensatz zu den roten und grünen Heilsaposteln sollen diese Lösungen aus einer gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesamtverantwortung heraus gesucht und verfolgt werden. Und sie müssen von einem liberalen Glauben an die Lösbarkeit der Probleme und an die Verbesserungsmöglichkeit dieser unserer Welt getragen werden.

SBG – für uns
schon lange
die erste Bank.



SBG Schweizerische Bankgesellschaft

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Fortsetzung von Seite 1

einen Vollbeitritt der Schweiz zur EG erwägen. Diese Möglichkeit ist indessen zurzeit alles andere als realistisch, und zwar aus vielerlei Gründen. Unsere direkte Demokratie, unsere internen Rechtsetzungsmöglichkeiten und unser Föderalismus würden in einer Weise eingeschränkt, die mit unserer historisch gewachsenen Eigenständigkeit unvereinbar wäre und die das Selbstverständnis unserer Willensnation empfindlich treffen müsste. Es ist nicht auszuschliessen, dass daraus Störungen unseres delikaten politischen und sprachregionalen Gleichgewichts mit unabsehbaren Folgen ausgelöst werden könnten.

Es gibt nur eine realistische Alternative, nämlich eine vorausschauende, aktive, bewusste und kluge Europapolitik im allgemeinen und Integrationspolitik im besonderen, und dies an sehr vielen Fronten. Dabei muss diese Politik nicht nur wirtschaftlich ausgerichtet sein – wenn auch die wirtschaftlichen Belange dominieren werden –, sondern unserer vielfältigen politischen und kulturellen Verbundenheit mit Westeu-

ropa Rechnung tragen. Aus wirtschaftlicher Sicht könnte eine solche Politik vier Elemente enthalten:

Das überaus bewährte Freihandelsabkommen, das nach wie vor eine entwicklungsfähige Grundlage unserer Beziehungen zur EG darstellt und auf dessen Basis bisher über hundert Sondervereinbarungen abgeschlossen worden sind, muss vertieft werden. Im Hinblick auf die Teilnahme am künftigen europäischen Binnenmarkt muss die Liberalisierung auf ausgewählte, im Abkommen nicht enthaltene Gebiete ausgedehnt werden (z. B. Verkehr, Versicherungen usw.).

Es gibt Gebiete, auf denen es sich lohnt, die Ressourcen international zusammenzulegen und die Lasten gemeinsam zu tragen. Dies ist etwa bei der Forschungs- oder Technologiepolitik der Fall. Es ist sinnvoll, die Zusammenarbeit mit der EG auf solche Gebiete auszudehnen.

Beim grenzüberschreitenden Recht sind unnötige Rechtsungleichheiten zu vermeiden. Normen und Massnahmen sollten durch vorgängige Konsultationen aufeinander abgestimmt werden. Es ist auch nicht ehrenrührig,

wenn öffentliche Vorschriften gegenseitig anerkannt werden. Wir müssen realisieren, dass beispielsweise unsere europäischen Alleingänge bei der Schwerverkehrsabgabe oder bei den Abgasnormen unser Verhältnis zur EG empfindlich strapaziert haben. Allerdings müssen wir unsere Rechtsautonomie auf wichtigen Gebieten, etwa bei der Wirtschaftsordnung, bewahren. Im Sinne eines dichten gegenseitigen Beziehungsgeflechtes müssen sämtliche Möglichkeiten der Mitgestaltung wahrgenommen werden.

Kompromisslose Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit!

Oft wirft man der Schweiz vor, sie sei ein Trittbrettfahrer der EG. Sie wolle nur vom Freihandel profitieren, aber dafür keine Opfer bringen. Wer dies behauptet, verkennt den Nutzen, den die EG aus den Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz zieht. Sie kann allein mit dem Handelsbilanzüberschuss gegenüber der Schweiz von zirka 18 Milliarden Franken die Hälfte des Defizits gegenüber Japan decken. Wir haben Gewicht, und solange wir Gewicht haben, haben wir Einfluss.

Eine wirtschaftlich schwache Schweiz wäre der EG gegenüber in einer schwachen Position. Deshalb muss zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft grösste Sorge getragen werden. Dies aber bedeutet nichts anderes als eine liberale Wirtschaftspolitik ohne Auflagen, welche die Lebensfähigkeit der Unternehmen ersticken. Auch dies sollte man sich im Hinblick auf die Wahlen merken. Langfristig sind diese Probleme für das Überleben unserer Nation ebenso wichtig wie die gewichtigen und derzeit aktuellen Umweltprobleme.

Für eine weltweite Eigenständigkeit

Der Schweizer hat oft zur Aussenwelt eine etwas widersprüchliche Haltung. Einerseits ist er weltoffen, denkt vor allem wirtschaftspolitisch in internationalen Dimensionen und ist über das weltweite Geschehen bestens informiert. Andererseits neigt er zu einem gewissen Isolationismus und zu einer gewissen eigenbrödlischen Selbstgerechtigkeit. Es ist wichtig, dass wir alle erkennen, dass es nur eine Schweiz in einer engen internationalen Verflochtenheit geben kann, eine Schweiz auch, die konstruktiv an einem starken Europa mitarbeitet. Das ist mit Eigenständigkeit durchaus vereinbar.

Verband liberaler Baugenossenschaften

Mitgliederzahl erhöht

Der unter dem Präsidium von Dr. Alexander Wili, Kriens, stehende Verband liberaler Baugenossenschaften (VLB) hielt kürzlich im luzernischen Adligenswil seine 22. ordentliche Delegiertenversammlung ab. Ein Bericht von Iwan Felber:

Über 120 Delegierte aus der ganzen Schweiz interessierten sich für das Verbandsgeschehen im vergangenen Jahr 1986. Der schon seit der Gründung des VLB im Jahre 1965 amtierende Vorsitzende konnte mitteilen, dass die Mitgliederzahl der angeschlossenen Baugenossenschaften mit dem Zweck der Förderung des sozialen Wohnungsbaus inzwischen 123 Mitglieder beträgt. In der Berichterstattung des Vorstandes über das vergangene Verbandsjahr wurde einmal mehr die Wichtigkeit der Förderung des sozialen Wohnungsbaus aufgezeigt.

Verbandsrechnung und Jahresabschluss des Fonds de roulement weisen wiederum überaus positive Ergebnisse aus. Die vom Bund dem Fonds de roulement zur Verfügung gestellten Mittel dienen vor allem dazu, gemeinnützige Baugenossenschaften aus dem VLB zu Vorzugsbedingungen zu unterstützen.

Der Vorstand des VLB setzt sich für die Amtsperiode 1987 bis 1989 wie folgt zusammen: Dr. Alexander Wili, Kriens, Präsident; Robert Wille, Hildisrieden, Vizepräsident; Pierre Gassmann, Emmenbrücke, Geschäftsführer; Annemarie Brunner, Emmenbrücke, Sekretärin; Alois Wicki, Kriens, Kassier; Iwan Felber, Egerkingen, Medien/Presse; Hans Fischer, Rotkreuz, Mietwesen; Dr. Peter Gurtner, Gümli- gen, Bundesvertreter; Franz Scherer, Zürich, Technik Region Ost; Werner Leuenberger, Nebikon, Technik Region West; Hans Schürch, Reidermoos, Genossenschaften; Franz Stauffer, Schlieren, Chef Delegiertenversammlung.

Als zusätzlichen Werbeträger für weiterhin zu fördernde Tätigkeiten in den Baugenossenschaften verfügt der VLB über sein eigenes Verbandsorgan «Freies Wohnen». Damit dessen Auflage erhöht werden kann und damit auch die Wirtschaftlichkeit sichergestellt ist, haben die Delegierten einer Einführung des obligatorischen Abonnements für Genossenschaftsmitglieder zum reduzierten Preis von fünf Franken zugestimmt.

Dr. Daniel Hornung (Bern) referierte über den Wohnungsbedarf in den neunziger Jahren. Dabei stellte er fest, dass die Wohnungsnachfrage pro Region sehr unterschiedlich sei. Allerdings sei eine Tendenz zur Miete grösserer Wohnungen respektive zum Wohneigentum zu registrieren. Im Vergleich zu den siebziger Jahren könne eher ein Rückgang des Baubedarfs angenommen werden.

Regierungsrat Robert Bühler, Luzern, würdigte einerseits die grossen Verdienste des Verbandspräsidenten und andererseits die vielfältigen Anstrengungen zur Verwirklichung der Zielsetzungen im gemeinnützigen Wohnungsbau durch den VLB. In seinem Kurzausblick unterstrich Präsident Wili erneut, dass Behörden und private Organisationen für die Anliegen der gemeinnützigen Bauträger ein offenes Ohr haben sollen. Selbstverantwortung in Freiheit sei auch im Wohnungsmarkt etatistischen Bestrebungen vorzuziehen. Der Weg dazu führe aber am besten über die Liberale Baugenossenschaft! Die Verbandsorgane stehen für Neugründungen selbstverständlich zur Verfügung.

Nein zu EG-Beitritt, Ja zu intensiveren Kontakten

Positionspapier aus freisinniger Sicht

Ein schweizerischer Beitritt zur EG kommt auf absehbare Zeit nicht in Frage. Da sich jedoch der Integrationsprozess innerhalb der EG beschleunigt, ist die zukünftige Regelung des Verhältnisses der Schweiz zur EG zu erörtern. Diese Meinung vertritt der Wirtschaftsausschuss der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der ein Positionspapier zum Verhältnis der Schweiz zur EG ausarbeitete. Für das von Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon, LU) präsierte Gremium besteht bei der laufenden Entwicklung insbesondere die Gefahr einer fortschreitenden Diskriminierung der Schweiz und eines wachsenden Drucks zum blossen Nachvollzug von EG-Recht.

Nach Ansicht des freisinnigen Wirtschaftsausschusses wäre ein EG-Beitritt unvereinbar mit den die Schweiz prägenden Mechanismen der Rechtsetzung, insbesondere der direkten Demokratie, mit unserer föderalistischen Ordnung und mit unserer Auffassung von Neutralität. Im weiteren sieht der Ausschuss materielle Mitgliederschiffhindernisse, wie Landwirtschafts-, Fremdarbeiterpoli-

tik usw. Andere Modelle einer institutionellen Annäherung betrachtet er als schwerlich gangbare Alternative. Er tritt jedoch für die Prüfung eines Rahmenabkommens ein.

Das freisinnige Gremium fordert, dass die Schweiz ihre Beziehungen zur EG schrittweise vertieft, um eine Abschottung unserer Wirtschaft vom EG-Binnenmarkt zu vermeiden. Angeregt wird ein abgestimmtes Verhalten der EFTA-Länder gegenüber der EG, wobei nicht verkannt wird, dass die schweizerischen Beziehungen zur EG wesentlich enger sind als jene zur EFTA. Verlangt wird mit Blick auf einen homogenen und dynamischen westeuropäischen Wirtschaftsraum eine Vertiefung der schweizerischen Freihandelsbeziehungen durch Ausdehnung der Liberalisierung auf Gebiete, die im Freihandelsabkommen nicht geregelt sind, namentlich solche der Dienstleistungswirtschaft. Sinnvolle Liberalisierungswirkungen erwartet der freisinnige Wirtschaftsausschuss auch von der gegenseitigen Anerkennung der technischen Prüfung von Produkten und Verfahren.

Unsere Dienstleistungen

- Liegenschaftsverwaltung
- Erstvermietung
- Beratung und Verkauf
- Projektentwicklung
- Bauherren-Treuhand
- Marketingberatung für Liegenschaften

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

SVFF Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen

Delegiertenversammlung, Solothurn, 12./13. Juni 1987

Freitag, 12. Juni

- 17.00 Hotel Krone
- Beginn der DV
- 19.00 Apéro/Nachtessen
- 20.30 Freisinnige Frauen des Kantons Solothurn stellen ihre politische Arbeit vor.

Samstag, 13. Juni

- 9.00 Kantonsratsaal, Rathaus
- Fortsetzung der DV
- Kurzreferat von Herrn Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Präsident der FDP Schweiz
- Referat von Frau Ruth Reusser, lic. jur., EJPD
- 12.00 Apéro/Mittagessen
- 14.30 Wenn nötig Fortsetzung der DV. Anschliessend Stadtbesichtigung.

Zu verkaufen
aussergewöhnlich schöne, komfortable

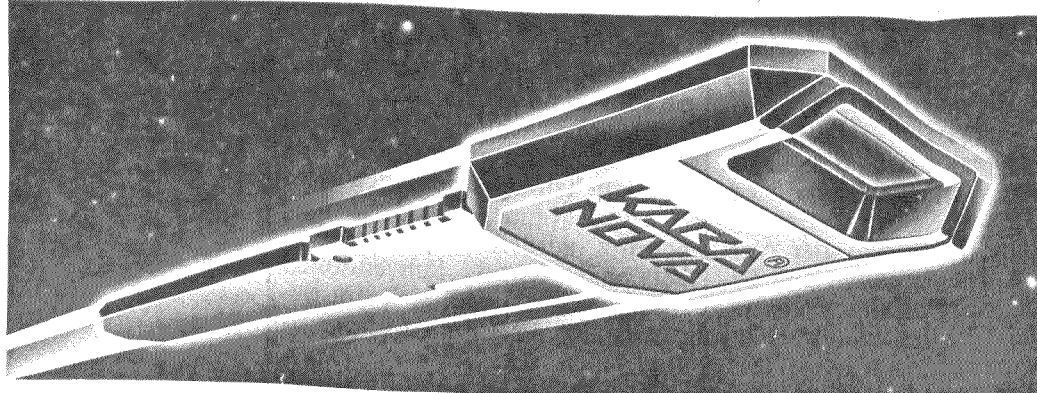
4½-Zimmer-EIGENTUMSWOHNUNGEN

25 Minuten ab Zürich-City. Anzahlung Fr. 50 000.-
Anfragen an Chiffre 94-50956, ASSA, Postfach 510, 8401 Winterthur.

HAUS Paloma

Alters- und Pflegeheim für Senioren
Haldenstrasse 29
8345 Adetswil-Bäretswil
Telefon 01 - 939 24 00
Das Haus mit der persönlichen Atmosphäre in der idyllischen Landschaft des Zürcher Oberlandes.

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Beiträge zur Diskussion vor dem FDP-Parteitag

Taugliche oder untaugliche Vorschläge zur Atomgesetzrevision?

Soll das fakultative Referendum für den Bau von Kernkraftwerken eingeführt werden, wobei dieses neue Verfahren rückwirkend auch für das geplante Kernkraftwerk in Kaiseraugst gelten soll? Diese Frage wird zweifellos am Parteitag der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) am 8./9. Mai in St. Gallen diskutiert werden, da entsprechende Anträge auf Revision des Atomgesetzes angekündigt sind.

Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung, die diese Frage einlässlich erörterte, verzichtete darauf, ein entsprechendes Postulat in ihre energiepolitischen Grundsätze, die in der Oktobernummer des «Freisinn» veröffentlicht wurden, aufzunehmen. Nun haben die Nationalräte Franz Steinegger (FDP, UR) sowie Kaspar Villiger (FDP, LU) zusammen mit einem CVP-Ver-

treter eine Motion eingereicht (siehe Kasten), die dieses Thema auf die parlamentarische Ebene bringt. Als Beitrag zur Diskussion veröffentlicht «Der Freisinn» nachstehend einen Auszug aus der Vorstossbegründung der beiden freisinnigen Volksvertreter, während FDP-Grossrat Ulrich Fischer (Seengen AG) sich gegen das mit der Motion anvisierte Vorhaben wendet:

Steinegger/Villiger: für eine Konzessionslösung mit fakultativem Referendum

In der Schweiz stehen gegenwärtig fünf Kernkraftwerke in Betrieb. Für die geplante Anlage Kaiseraugst liegen die Standort- sowie die Rahmenbewilligung vor, und die Bauherrschaft bemüht sich um die Nuklearbaubewilligung. Standortbewilligungen haben die Behörden überdies für Verbois und Graben erteilt. Für das Kernkraftwerk Graben sind die Gesuche für die Rahmenbewilligung und die Nuklearbaubewilligung eingereicht worden.

In verschiedenen Volksabstimmungen hat das Volk zu Kernenergiefragen Stellung genommen. Neue Abstimmungen sind bereits programmiert. Was nun das geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst im besonderen betrifft, so hoffen viele Kernkraftwerkgegner, dass das Projekt im Rahmen des pendenten Nuklearbaubewilligungsverfahrens scheitern werde.

Widersprüche

In den langfristigen Perspektiven warnen uns die Wissenschaftler vor einer Klimakatastrophe im 21. Jahrhundert wegen der stetig zunehmenden Kohlendioxid-Emissionen und plädieren deshalb für einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, soweit diese nicht bereits verbraucht sind. Auf der anderen Seite sind wir mit Ausstiegsszenarien bei der Kernenergie konfrontiert, welche samt und sonders Kernenergie mindestens teilweise mit fossilen Energieträgern substituieren wollen. Hier verhaspeln sich die Kernenergiegegner in Widersprüchen.

Der Wortlaut der Motion

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zur Revision des Bundesgesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz und des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz zu unterbreiten mit dem Zweck:

- unter Abkehr von der heutigen polizeilichen Regelung das fakultative Referendum bei der Erstellung neuer Kernkraftwerke zu ermöglichen;
- geplante Kernkraftanlagen ohne nukleare Baubewilligung in die Neuregelung einzu-beziehen;
- die Entschädigungsfrage für geplante Kernkraftanlagen zu regeln, für die auf Grund rechtskräftiger Bewilligungen des Bundes in guten Treuen Ausgaben getätigt worden sind und welche wegen späterer Entschiede auf Grund der revidierten Atomgesetzgebung nicht realisiert werden können.

Während in der Walddebatte jedes nur denkbare Gramm Schwefeldioxid, Stickoxid usw. zurückgehalten werden sollte, nimmt man heute einiges mehr an saurem Regen, Kohlendioxid usw. in Kauf – wenn es nur dem Ausstieg dient. Der völlige Verzicht auf die Option Kernenergie erscheint deshalb sehr problematisch und gefährlich.

Angesichts des mehrstufigen und komplizierten Bewilligungsverfahrens, der teilweise mangelnden Bereitschaft, die Realisierung konkret bewilligter Objekte sicherzustellen, sowie der Möglichkeit, dass auf dem Weg der Verfassungsrevision einzelne Anlagen verboten oder die Option Kernenergie überhaupt ausgeschaltet werden können, stellt sich die Frage, ob nicht ein modifiziertes Steuerungssystem einzuführen ist, ob Anlagen mit einem nach Fläche, Intensität und zeitlichem Horizont besonderen Gefährdungspotential nicht auch dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollten.

Klarheit durch Volksabstimmungen

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass gegen grosse Projekte in den betroffenen Regionen auch dann sehr grosser Widerstand erwächst, wenn deren Verwirklichung im nationalen Interesse nötig ist. Nun kann es sich aber kein Land leisten, national unabhängige Vorhaben durch regionale Minderheiten blockieren zu lassen. Deshalb sind in solchen Fällen Formen der Regionaldemokratie abzulehnen. Andererseits ist in der Praxis ein in einer Region umstrittenes Grossprojekt nur dann durchführbar, wenn das

Volk als Ganzes dahintersteht. Nur dann werden Politiker und Behörden mit allem Nachdruck handeln können. Nun ist dieser Volkswille aber ohne eindeutige Ergebnisse von Volksabstimmungen nicht diagnostizierbar. Nur eine Volksabstimmung kann die nötige Klarheit schaffen.

Es wird nun häufig eingewendet, das Schweizer Volk habe sich über verschiedene Atominitiativen schon mehrmals eindeutig für den Bau von Kaiseraugst ausgesprochen. Wer die Propaganda dieser Abstimmungskämpfe analysiert, wird dieser Aussage zustimmen müssen. Es ist nun aber nicht zu verkennen, dass das Unglück von Tschernobyl das politische Klima gegenüber der Kernenergie verändert hat. Vor allem aber wird es immer schwieriger sein, die Bedeutung der Abstimmungsergebnisse bei generell formulierten Initiativen hinsichtlich konkreter Projekte eindeutig zu analysieren. Es führt in solchen Fällen nichts um die Notwendigkeit herum, schon die Abstimmungsgegenstände genau zu definieren.

Keine Angst vor Volksentscheiden

Analysiert man die Gründe, die bisher gegen ein fakultatives Referendum beim Bau von Kernkraftwerken ins Feld geführt wur-

Fischer: Neue Hürden für Kaiseraugst?

Die Vorstösse der nationalrätlichen Energiekommission sowie der Nationalräte Steinegger und Villiger könnten staatspolitisch weittragende Konsequenzen haben, weshalb einige kritische Überlegungen angestellt seien:

Entscheide über Kernkraftwerke haben politisch einen derartigen Stellenwert erlangt, dass der Ruf nach einem Mitspracherecht des Volkes durchaus verständlich ist. Ein Volksentscheid über umstrittene Fragen wie eine Kernanlage könnte zu einer «Verwesentlichung unserer Demokratie» führen und das Interesse unserer Mitbürger am staatlichen Geschehen wieder verstärken. Dem Argument «sie machen doch, was sie wollen» könnte auf diese Weise wirksam entgegengetreten werden.

Unzweckmässige Konzessionspflicht

Auch für Bauherrschaft und Behörden könnte ein Verfahren mit Referendum Vorteile bringen. Es ist denkbar, dass eine Zustimmung des Schweizer Volkes zu einem solchen Vorhaben auch negativ eingestellte Bevölkerungskreise umstimmen und militante Gegner zur Besinnung rufen könnte. Jedenfalls würde ein positives Votum des Schweizer Volkes eine erhöhte Legitimation für die Behörden bedeuten, ein solches Werk mit jenen Mitteln tatsächlich durchzuführen, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen.

Diesen Begründungen stehen indessen schwerwiegende grund-

den, so stellt man fest, dass sie meistens nur vorgeschoben sind. Letztlich fürchtet man schlicht und einfach negative Volksentscheide und damit schwerwiegende Konsequenzen für die Energiepolitik. Es ist die Angst vor dem Volksentscheid, welche zur Ablehnung dieses neuen Instrumentes führt. Nun haben aber gerade die Freisinnigen wohl am wenigsten Grund, sich über Erfahrungen mit Volksentscheiden zu beklagen. Es brauchte im letzten Jahrhundert viel mehr Mut zur Einführung der direkten Volksrechte als heute für deren Erweiterung.

Natürlich können die Konsequenzen solcher Abstimmungen für die Energiepolitik gravierend sein. Es würde sich dann nämlich auch die Frage stellen, ob Versorgungslücken nach österreichischem Vorbild einfach mit Atomstrombezug aus Nachbarländern kompensiert werden können, was angesichts der möglichen grossflächigen Auswirkungen von Unfällen wenig konsequent ist. Unser Volk ist es indessen gewohnt, über Fragen zu entscheiden, deren Folgen ebenso gravierend sind. Die bisherige Geschichte der schweizerischen Referendumsdemokratie zeigt sich als sehr erfolgreicher Weg. Es ist nicht einzusehen, wieso dies im Falle von einzelnen Kernkraftwerken anders sein sollte.

gierung und Parlament mehr und mehr aus der Verantwortung stellen und dabei in Kauf nehmen, dass sie in wichtigen Fragen nicht mehr über die Kompetenzen verfügen, die ihnen auf Grund unseres Staatsaufbaus eigentlich zukämen. Wir wählen die Behörden, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen und brisante Entschiede nicht einfach auf das Volk abwälzen!

Überdies ist es von der Sache her bedenklich, dass Sachfragen – die Errichtung einer Kernanlage ist nach wie vor eine Sachfrage – immer mehr verpolitisiert und deshalb nicht mehr nach sachgerechten Kriterien beurteilt werden. Wenn im Genehmigungsverfahren durch das Parlament neben politischen doch auch noch Sachargumente zum Zug kommen, so wird es sich bei der Volksabstimmung über eine Kernanlage um eine rein emotionale Auseinandersetzung handeln. Und solche Auseinandersetzungen sind wahrlich nicht dazu geeignet, zentrale Fragen unseres Staatswesens, wozu die Energieversorgung zweifellos zählt, in den Griff zu bekommen.

Rechtsstaatlich unhaltbar

Schliesslich ist die Absicht der beiden Innerschweizer Volksvertreter, das Kernkraftwerk Kaiseraugst nun nachträglich noch einem zusätzlichen Verfahren zu unterstellen, rechtsstaatlich unhaltbar. Bereits das Rahmenbewilligungsverfahren ist eine Lex Kaiseraugst, d. h., es wurde vor allem mit der Absicht erfunden, die Bewilligung für dieses Projekt politisch breiter abzustützen. Und nun soll – nachdem die Rahmenbewilligung 1985 nach sechs Jahren rechtskräftig geworden war – rückwirkend eine weitere Lex Kaiseraugst erlassen werden, welche noch etwas höhere Hürden errichtet und somit das Werk noch mehr verzögert und verteuert! Solches Tun widerspricht jedem gesunden Rechtsempfinden.

Wenn man noch ein gewisses Verständnis für die Motive jener knappen Mehrheit der Nationalratskommission aufbringt, die sich für die Einführung eines fakultativen Referendums ausgesprochen hat, so fehlt dieses Verständnis dagegen für die weitergehenden Vorschläge der Nationalräte Villiger und Steinegger. Die Argumente zugunsten eines sachgerechten Funktionierens unserer Demokratie sind schwerer zu gewichtigen als referendumpolitischer Opportunismus. Der Nationalrat ist gut beraten, wenn er nicht nur an der seinerzeitigen Ablehnung eines Referendums für Kernanlagen festhält, sondern sich vor allem nicht auf rechtsstaatlich bedenkliche Experimente im Sinne der Motion Steinegger/Villiger einlässt.

Wider die Gewaltenteilung

Sodann sind gemäss Gewaltenteilungsprinzip Parlament und Volk gesetzgebende Behörde, während die Regierung die Gesetze auszuführen hat. Die Bewilligungserteilung für eine Kernanlage ist eine Ausführungshandlung in Erfüllung der im Atomgesetz festgehaltenen Vorschriften. Bereits das Genehmigungsrecht des Parlamentes ist demnach systemwidrig, ein fakultatives Referendum wäre es um so mehr. Es ist staatspolitisch unerwünscht, wenn sich Re-



«Wer im Beruf an der Spitze steht, der wird auch bei seinen privaten Vermögensanlagen Spitzenleistungen fordern. Fordern Sie uns.»

Conrad Schwyzer
Teilhaber

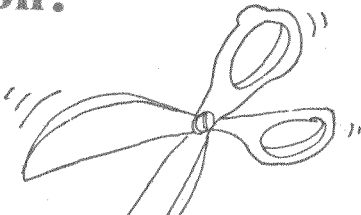


Spezialisiert auf aktive Vermögensverwaltung

Bank Sarasin & Cie., Freie Str. 107, 4002 Basel
Bank Sarasin & Cie., Talstr. 66, 8022 Zürich
Sarasin Investment Management Limited,
Sarasin House, 5/6 St. Andrew's Hill, London EC4V5BY

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.



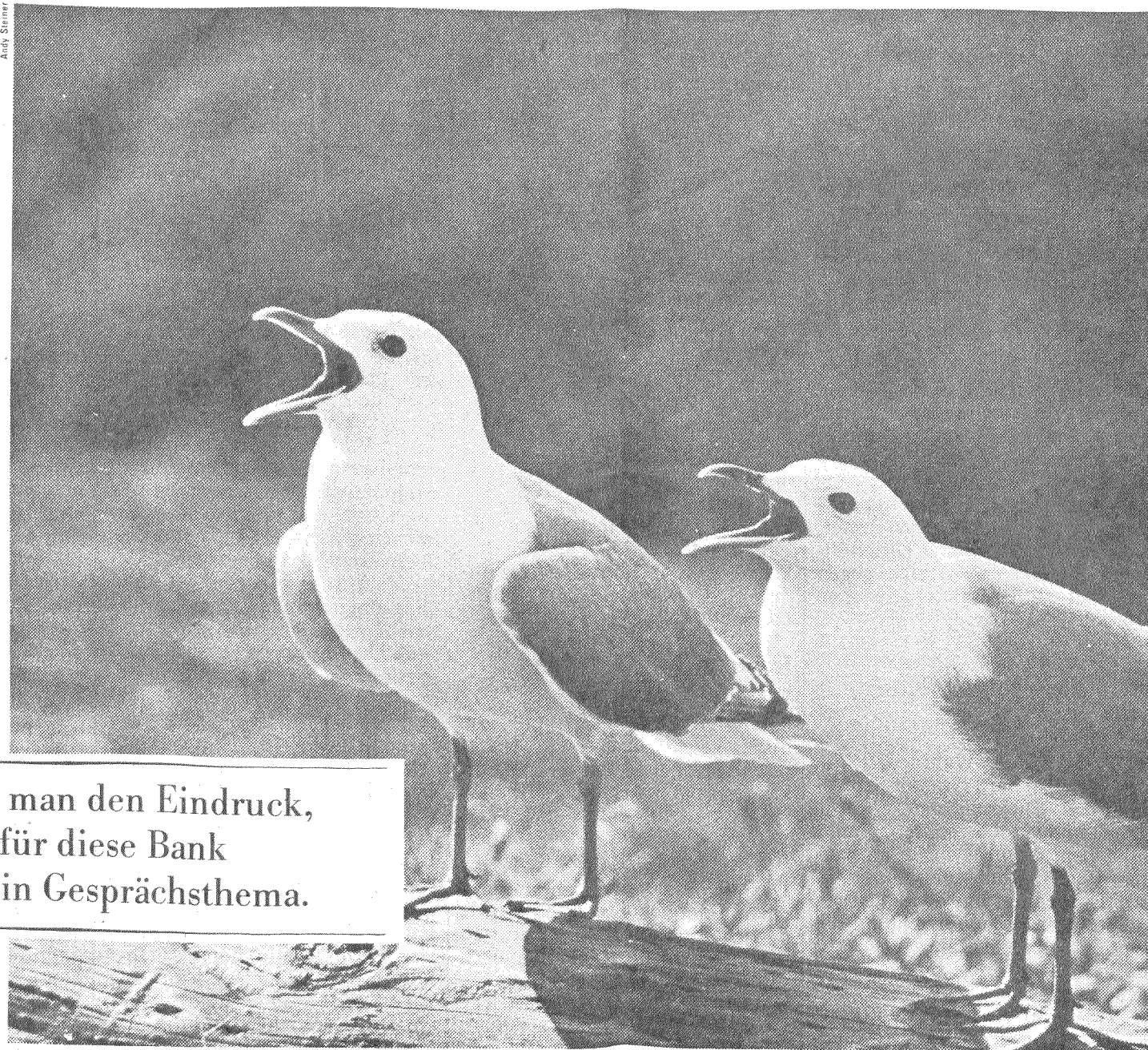
Senden Sie mir bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.



Manchmal hat man den Eindruck, Diskretion ist für diese Bank nicht einmal ein Gesprächsthema.

Es gibt Dinge, über die wir nicht sprechen müssen. Sie werden von unseren privaten und institutionellen Kunden als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Vielmehr sind alle Leistungen Gesprächsthema, die man selbstverständlich nicht von jeder Bank erwarten kann. Darüber reden wir gerne mit Ihnen.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell

Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

Standortbestimmung in Sondernummer der «Politischen Rundschau»

Freisinnige Aussen- und Wirtschaftspolitik

In der jüngsten Ausgabe der «Politischen Rundschau» wird eine einlässliche Standortbestimmung der schweizerischen Wirtschafts- und Aussenpolitik aus freisinniger Sicht vorgenommen. FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger skizziert den Inhalt dieses Hefes:

Die in der neusten Nummer der «Politischen Rundschau» publizierten Überlegungen wurden vom Ausschuss für Wirtschaftspolitik, der von Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon LU) präsidiert wird, bzw. jenem für Aussenpolitik, der unter Leitung von Nationalrat Jean-Pierre Bonny (Bremgarten BE) steht, zuhanden der Programmkommission für die Erarbeitung der «Zielsetzungen 87-91» zusammengestellt. Da sie konzeptionell, aber auch umfangsmässig den Rahmen der «Zielsetzungen» sprengen, jedoch andererseits als freisinnige Standortbestimmung in der Wirtschafts- und der Aussenpolitik von substantieller Bedeutung sind, wurden sie im Sinne von Materialien zur Diskussion veröffentlicht. Beide Dokumente zeichnen sich durch eine vertiefte Analyse der Situation aus und vermitteln eine überaus nützliche Auflistung der hängigen Probleme.

Vorab ein Plädoyer für günstige Rahmenbedingungen enthält das Arbeitspapier über die «Freisinnige Wirtschaftspolitik 1987-1991». Es liegt damit auf der Linie, die von der FDP seit Jahren verfochten wird – übrigens mit Erfolg, auch wenn dieser häufig gegen heftigen Widerstand zu erringen ist. Im Dokument werden die fünf Schwerpunkte der

freisinnigen Wirtschaftspolitik erläutert und die unbestreitbaren Vorteile der sozialen Marktwirtschaft hervorgehoben. Freisinniger Wirtschaftspolitik entspricht auch die Forderung nach einer ausgewogenen Mischung von grossen, kleinen und mittleren Unternehmungen, wobei eine Vielzahl kleinerer und mittlerer aus gesellschafts- und staatspolitischen Gründen erwünscht ist. Deutlich kommt auch das Einsetzen der FDP für die Sozialpartnerschaft zum Ausdruck. Die funktionierende Sozialpartnerschaft wird als einer der wesentlichsten Gründe dafür bezeichnet, dass die Schweiz praktisch keine Arbeitslosigkeit kennt.

Die einleitend gemachten Feststellungen zur freisinnigen Wirtschaftspolitik werden hernach in

neun Kapiteln konkretisiert und mit Postulaten ergänzt. Stellung genommen wird dabei auch zum Spannungsfeld Umweltschutz - Wirtschaft.

«Selbstbehauptung durch Neutralität und Zusammenarbeit» lautet der Titel der Grundsätze und Postulate zur schweizerischen Aussenpolitik aus freisinniger Sicht. Unmissverständlich wird darin zum Ausdruck gebracht, dass bestimmendes Mittel unserer Aussenpolitik die dauernde und bewaffnete Neutralität ist. Aber ebenso wird hervorgehoben, dass die FDP zielbewusst für eine universelle Pflege der Aussenbeziehungen eintritt. Das Nein des Souveräns zum Uno-Beitritt wird nicht als Signal zum aussenpolitischen Rückzug oder in einem weltabgewandten Isolationismus gedeutet. Bestätigung finden die von der FDP im Frühjahr 1983 verabschiedeten Thesen zur schweizerischen Entwicklungspolitik, die damals starke Beachtung fanden.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der schweizerischen Aussenpolitik, ihrer Bedeutung im politischen Leben der Schweiz wie aber auch der Haltung gegenüber aussen wird ergänzt durch 15 Postulate. In diesen werden nicht nur Forderungen erhoben, sondern auch die freisinnigen Positionen konkretisiert.

Verstummt Schweizer Radio International?

Die Sendeanlagen von Schweizer Radio International in Schwarzenburg sind veraltet und leistungsmässig ungenügend. Sie vermögen sich gegen die starken ausländischen Sender nicht mehr durchzusetzen. Bemühungen für den Bau einer neuen Sendeanlage sind bis anhin an der Standortfrage gescheitert. Deshalb besteht die Gefahr, dass die Schweiz ihre Stimme in Übersee verliert.

FDP-Nationalrat Peter Spälti will in einem Vorstoss vom Bundesrat wissen, wie die Landesregierung das weitere Vorgehen sieht und welche Lösungsmöglichkeiten damit Schweizer Ra-

dio International wieder besser gehört werden kann.

Der Zürcher Freisinnige weist darauf hin, dass im Sinne einer aktiven Informationsstätigkeit der neutralen Schweiz in der ganzen Welt ein Sender mit genügender Sendeleistung auch aus aussenpolitischen Gründen wichtig sei.

Obwohl gegenüber den für die Ablehnung der Baubewilligungen angeführten Landschaftsschutzgründe Verständnis besteht, stelle sich die Frage, wie die auch für die Auslandsschweizer wichtige Radiostation wieder voll einsatzfähig gemacht werden könne.

Mehr Frauen, aber nicht via Frauenlisten

Freisinnige Frauen zur Frauenvertretung in der Politik

Die Schweizerische Vereinigung Freisinnig-Demokratischer Frauen (SVFF) hat an ihrer Präsidentinnenkonferenz unter dem Vorsitz von Dr. Regula Frei-Stolba (Aarau) das Problem der Frauenvertretung in der Politik behandelt. Die freisinnigen Frauen sind der Meinung, dass grundsätzlich eine stärkere Vertretung in allen Gremien wünschenswert und anzustreben ist. Für die SVFF gibt es jedoch weder eine ausschliessliche Frauen- noch eine ausschliessliche Männerpolitik.

Aus diesem Grunde lehnen die freisinnigen Frauen eigene Frauenlisten ab und befürworten andere Wege zur Förderung der politischen Integration der Frauen. Die sogenannten Frauenfragen betreffen nämlich die gesamte Gesellschaft, und die politischen Lösungen müssen

von Frauen wie von Männern gemeinsam erarbeitet werden. Anzustreben ist deshalb eine gute Durchmischung der politischen Vertretung, die für alle Sachbereiche die Ansichten von Männern und Frauen einfließen lässt.

Unbestritten ist für die SVFF, dass Frauen in den Behörden und Parlamenten nach wie vor untervertreten sind. Ebenso unbestritten ist es vorderhand noch, dass den Frauen weniger zugetraut wird und dass das Interesse der Frauen an der Politik noch weniger ausgeprägt ist als bei den Männern. Hier gilt es nach der Meinung der SVFF gezielt einzuwirken. Ein Hauptziel der SVFF ist es deshalb, Frauen zu ermutigen, aktiv auf allen Stufen in Partei und Politik mitzuwirken, und ihnen die notwendige Unterstützung zu geben.

Bitte senden Sie mir

... Exemplare (à Fr. 5.-) «Politische Rundschau»: Freisinnige Wirtschafts- und Aussenpolitik

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Bundesrätin Elisabeth Kopp bei den Nordwestschweizer freisinnigen Frauen

Gleiche Rechte – gleiche Chancen?

Rechtsgleichheit bedeutet noch nicht Chancengleichheit. Gleiche Rechte sind aber eine wichtige Voraussetzung für gleiche Chancen. Gleiche Chancen wiederum können nach Meinung von Bundesrätin Kopp nur durch die gesellschaftlichen Realitäten geschaffen werden. Die Schaffung gleicher Chancen ist unbestritten das Hauptziel der gegenwärtigen Frauenpolitik.

So äusserte sich die Vorsteherin des EJPD an einer Podiumsveranstaltung freisinniger Frauengruppen der Nordwestschweiz unlängst in Muttenz. Rosmarie Leuenberger berichtet darüber: Mit Verena Altenbach, Lehrerin aus dem Kanton Solothurn; Jeannette Attiger, Advokatin, Baselland; Christine Heuss, Lehrerin mit juristischer Ausbildung, Baselstadt; Stephanie Mörikofer, Biochemikerin, Aargau, und Monika Notter, Juristin, Bern, nahmen fünf berufstätige und politisch aktive Frauen am Podiumsgespräch unter der Leitung von Gottlieb F. Höpli, Inlandredaktor NZZ, eine Standortbestimmung zum Thema Chancengleichheit für Frauen vor.

Vor dem Gespräch beleuchteten zwei prominente Frauen in höchsten Führungspositionen die Frage aus ihrer Sicht: Bundesrätin Elisabeth Kopp sprach für die Frau in der politischen Exekutive, Edith Nobel, Direktorin und Mitglied der Geschäftsleitung von Coop Schweiz, für die Frau in der Wirtschaft.

Unterschiede

Ungefähr gleich sind die Chancen der Frauen für den Eintritt in das Berufsleben und in die Politik. Nach den Einleitungsreferaten von Elisabeth Kopp und Edith Nobel unterscheiden sich die Tätigkeitsfelder Politik und Wirtschaft wesentlich. Während Bundesrätin Kopp in einem Rückblick auf ihre eigene politische Laufbahn von Anfang an nie eine Diskriminierungssituation erlebte, ist das Umfeld in der Wirtschaft härter. Abdrängung in untergeordnete Stellungen des Dienstleistungssektors, «Konjunkturenpuffer», mangelnde ehemannliche Unterstützung, keine öffentliche Unterstützung sind die

Stichworte. «Im Wirtschaftsleben definieren allein die Männer, was zählt», ist die erfahrungsgeprägte Erkenntnis von Edith Nobel.

Solidarität unter den politisierenden Frauen gibt es nicht mehr; kann es nicht mehr geben in der dritten Generation, stellte die Bundesrätin in ihrer Lageanalyse fest. Forderungen wie beispielsweise nach Verbesserung der Stellung der Frau in der Sozialversicherung werfen Finanzierungsfragen auf, die je nach politischer Überzeugung verschiedene Lösungsansätze finden. Die Rechtsanwältin Jeannette Attiger sieht beispielsweise nicht ein, weshalb Frauen früher pensioniert werden sollen als Männer.

Neuer Führungsstil ist zu fordern

Frauen politisieren anders. Sie betreten die politische Bühne in unabhängiger Position als viele Männer. Wer das Glück hat, aus einem Hausfrauenleben in die Politik zu starten, kann es sich eher leisten, unbequeme Anliegen zu vertreten. Gehen Frauen anders mit der Macht um, oder sollen sie sich anders als die Männer verhalten? Frauen beherzigen andere Führungsprinzipien: Teamwork, Netzbildung, flexible Strategien waren für sie nie Fremdwörter, sondern Eigenschaften, die in Verbindung mit den Stichwörtern Zusammenarbeit, Anpassungsfähigkeit und Emotionalität als typisch weiblich gelten. Interessanterweise finden sie heute vermehrt Eingang in die Philosophie neuer Management-Lehrgänge.

Sowohl die Gemeinderätin als auch die Regierungsrätin und die Bundesrätin sind in ihrer Tätigkeit an Verfassung, Gesetz und Verordnung gebunden, und es ist ein Irrglaube, zu meinen – oder zu fordern –, die Frauen könnten



Unter der Leitung von G. F. Höpli diskutierten: (v. l. n. r.) E. Nobel, E. Kopp, V. Altenbach, J. Attiger, St. Mörikofer, Ch. Heuss, M. Notter.

die Welt dadurch verbessern, dass sie sich über geltende Gesetze hinwegsetzen. Nicht ein weiblicher, sondern ein neuer Führungsstil ist nach Meinung von Edith Nobel in der Wirtschaft zu fordern, wenn die Situation der Frau im Beruf verbessert werden soll.

Und die Familie?

Wie verhält es sich mit der «Gleichheit» im Alltag? Sind Beruf und Karriere einerseits und Familie andererseits Gegensätze, die sich ausschliessen? Bei den Männern hat der Beruf klare Priorität vor der Familie. Für die berufstätige Frau mit Familie gibt es diese Prioritätenordnung nach Ansicht von Stephanie Mörikofer aus Kaiseraugst nicht. Wichtig ist die Unterstützung des Ehemannes und gemeinsames Entscheiden

über Belange, welche für alle Familienmitglieder von Bedeutung sind.

Sollen ausser gleichen Rechten auch gleiche Pflichten gelten? Sowohl Jeannette Attiger als auch Monika Notter bejahen die Frage. Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist aber zu beachten. Jede Frau muss individuell entscheiden können, welche Rechte sie in Anspruch nimmt. Es gibt in diesem Sinne keine allgemeingültigen «Muster». Stephanie Mörikofer warnte vor einer Tendenz, von den Frauen zunächst Verzicht auf «Privilegien» (Beispiel Rentenalter) zu verlangen und bezüglich gleicher Rechte auf eine «spätere Gelegenheit» zu vertragen.

Mit einer differenzierten Würdigung erläuterte Bundesrätin Kopp den in ihrem Departement entstandenen und vom Nationalrat mehrheitlich positiv entgegen-

genommenen Bericht über das Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau». Sie ist gegen sogenannte Quotenregelungen, weil der Allgemeinheit und damit auch den Frauen am besten damit gedient sei, wenn bei einer Wahl die Qualität und nicht das Geschlecht den Ausschlag gibt. «Was nicht heisst, dass eine vermehrte Frauenpräsenz nicht wünschbar sei.»

Der Erfolg der Veranstaltung in Muttenz zeigte, wie aktuell das gewählte Thema für eine Vielzahl von Frauen – und auch für Männer – ist. Grosser Applaus der über 500 Zuhörerinnen und Zuhörer wurde Bundesrätin Kopp und den übrigen Teilnehmerinnen am Podium zuteil, als Franziska Gambirasio, Präsidentin der baselstädtischen Arbeitsgruppe freisinniger Frauen, die Veranstaltung schloss.

Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.

Cigarros Autenticos.





Die Ostschweizer Wirtschaft weiss ihre Chancen zu nutzen. Die Wirtschaftssituation in dieser Region ist besser, als sie meist (verzerrt) dargestellt wird. Dies das Fazit eines Podiumsgesprächs über Lage und Chancen der Ostschweizer Wirtschaft, an dem sich unter Leitung von Juan Gut vom SBG-Ausbildungszentrum Wolfsberg (Mitte) René Künzli, René Becker, Willy Pfister sowie Hans Huber (v. l. n. r.) beteiligten. (Photo ruti)

Situation und Chancen der Ostschweizer Wirtschaft

Besser als ihr Ruf

Die Lage und die Zukunftschancen der ostschweizerischen Wirtschaft sind weit besser, als man annimmt. Diese Ansicht vertraten an der Generalversammlung des FDP-Pressverbandes auf dem thurgauischen Wolfsberg vier Exponenten der mittelständisch strukturierten Ostschweizer Wirtschaft. In ihrer Ansicht wurden sie vom freisinnigen Thurgauer Regierungsrat Arthur Haffter unterstützt.

Teilnehmer am Gespräch waren René Becker, Kerzenfabrikant aus Diessenhofen und Präsident der Thurgauischen Handelskammer; Hans Huber, Präsident und Delegierter der SFS Stadler Heerbrugg AG; René Künzli, Kantonsrat aus Berlingen und Geschäftsleiter des Altersheims Neutal; Willy Pfister, Verwaltungsratsdelegierter der Fritz Gegauf AG Steckborn.

Standort nicht ausschlaggebend

Willy Pfister betonte, die periphere Lage des Kantons Thurgau

sei kein Nachteil, eine Aussage, die auch von René Becker unterstrichen wurde. Sein Unternehmen produziert heute an drei Produktionsstandorten (Diessenhofen, Fulda und Hamburg) 17 000 Tonnen Kerzen (1986). Man habe zuerst befürchtet, so Becker, dass dieses Billigprodukt auch in Billiglohnländern hergestellt werden müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben. In der Zwischenzeit habe sich indessen gezeigt, dass gerade die Transportkosten einen sehr wesentlichen Faktor bildeten und die ganze Produktion sehr technisch geworden sei. Auch René

Künzli ist überzeugt, dass der Standort nicht absolut ausschlaggebend ist. Wichtig sei es, gute Leistungen zu erbringen.

Umstrittene staatliche Wirtschaftsförderung

Hans Huber stellt sich zur staatlichen Wirtschaftsförderung negativ. Ihn beschäftige in erster Linie der total ausgetrocknete Arbeitsmarkt gerade im St. Galler Rheintal, wo man dafür sehr froh über die Grenzländer sei. Anderer Ansicht ist Willy Pfister, der staatlicher Wirtschaftsförderung grundsätzlich positiv gegenübersteht. Allerdings sollte diese vor allem in qualitativer Hinsicht greifen, namentlich was etwa die Förderung von Hochtechnologie angehe. Gegen direkte Massnahmen verwarft sich René Künzli. Der Markt müsse spielen, und gerade auch im Gesundheitswesen sei mehr Privatwirtschaft wünschenswert.

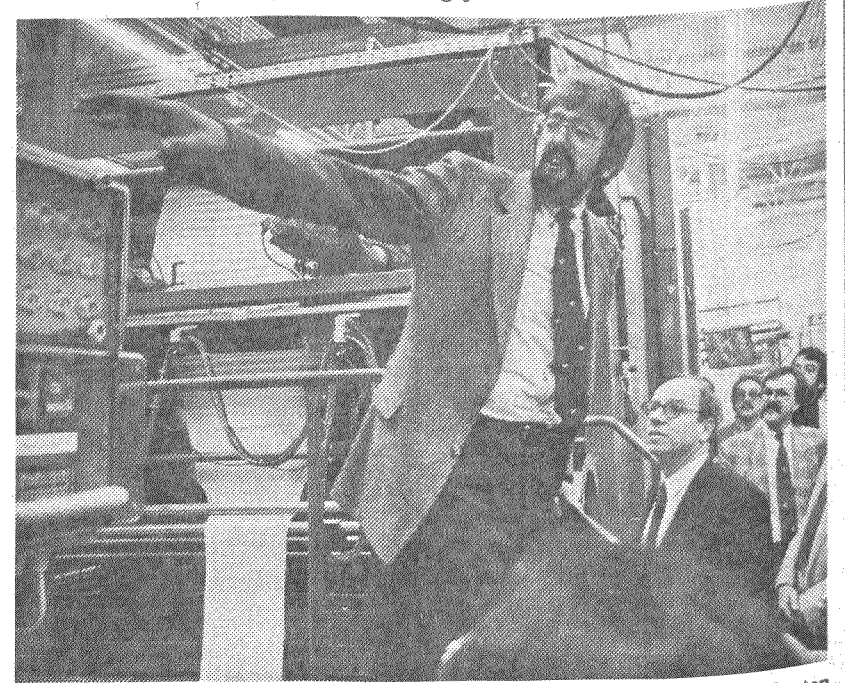
Sowohl in den Stellungnahmen der Gesprächsteilnehmer wie aber auch in der anschliessenden Diskussion fiel auf, wie positiv die Situation der Ostschweizer Wirtschaft und deren Zukunftschancen beurteilt werden. Von einem Saurer-«Trauma», um nur ein Stichwort zu nennen, war nicht die Rede. Im Gegenteil: Den ehemaligen Saurer-Mitarbeitern hätten Arbeitsplätze in der Region zu fairen Bedingungen angeboten werden können. Deutlich kam zum Ausdruck, welche Bedeutung die Industrie günstigen Rahmenbedingungen beimisst. Diesbezüglich wurden verschiedene Wünsche geäussert und Begehren angemeldet. Gefordert wurden im weiteren bessere Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Gründung regionaler Ingenieurschulen.

Ostschweizerisch-süddeutscher Hochtechnologiegürtel?

Ein weiteres Thema der Tagung des FDP-Pressverbandes war die Technologiepolitik Baden-Württembergs und insbesondere die derzeit 54 über das ganze Bundesland verteilten Technologietransferzentren. Die Funktionsweise und die gemischtwirtschaftliche Struktur des von Ministerpräsident Lothar Späth energisch geförderten Modells wurde am Beispiel des Transferzentrums für Bilddatenverarbeitung an der Universität Konstanz und an einem Anwendungsbeispiel in Radolfzell an Ort und Stelle erläutert.

Sowohl die Technologiepolitik dieses Bundeslandes wie aber auch die Transferzentren,

die auch für schweizerische Unternehmen tätig sind, verdienen Beachtung. Eine Adaption des Modells auf die schweizerischen Verhältnisse wäre einer Diskussion wert. Entsprechende Ansätze dazu sind erfreulicherweise bereits vorhanden: Die Vision eines ostschweizerisch-süddeutschen Technologiegürtels wurde vom Industriellen Thomas Schmidheiny bereits vor einiger Zeit in einem Referat an der Hochschule St. Gallen skizziert. Diese Vision sollte nun vertieft und die Diskussion auf der Basis der Erfahrungen in Baden-Württemberg sowie anderer möglicher Modelle weitergeführt werden.



Prof. R. Massen, der Leiter des Transferzentrums Konstanz, erläutert am konkreten Beispiel im industriellen Einsatz ein von seinem Institut entwickeltes Gerät zur berührungslosen, kontinuierlichen und markierungsfreien Messung der Schrumpfung von Textilien, das im deutschen Betrieb eines schweizerischen Unternehmens (Schiesser in Radolfzell) erstmals Anwendung findet. (Photo ruti)

In einem bankenpolitischen Tour d'horizon ging Dr. Nikolaus Senn, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), an der Generalversammlung des FDP-Pressverbandes auf zahlreiche hängige Fragen ein. Im Vordergrund standen dabei die Neuordnung der Sorgfaltspflichtvereinbarung, die Regelung der Insidergeschäfte, die «Geldwäscherei», die Schulden-situation verschiedener Länder – und dabei vorab der südamerikanischen – sowie die Geschäftsbeziehungen mit Südafrika.

Finanzielle Boykottmassnahmen gegenüber Südafrika hält der Direktionspräsident der grössten schweizerischen Bank, die dieses Jahr ihr 125-Jahr-Jubiläum feiert, als kontraproduktiv. Gleichzeitig machte er deutlich, dass er einen schrittweisen Abbau der Apartheid befürwortet, die Bank sich an die vom Bundesrat formulierte Aussenpolitik hält und die Stillhalteverpflichtungen der Banken re-spektiert.

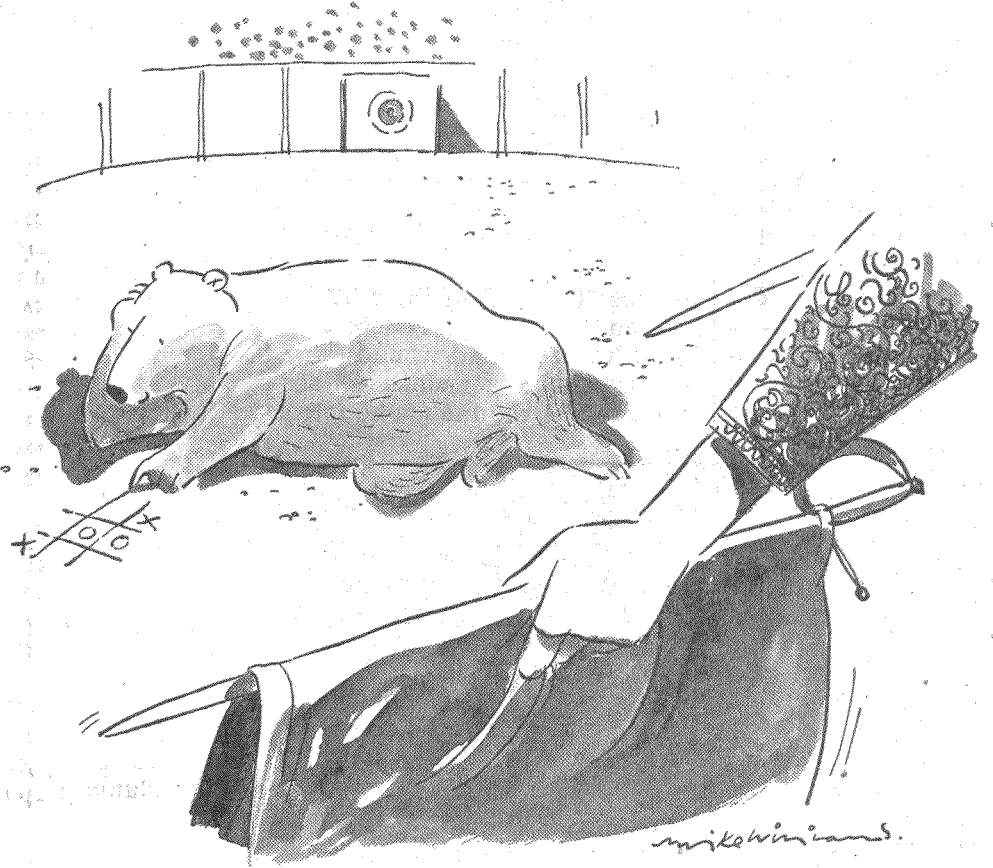


Die weitere Entwicklung der Schuldenkrise bzw. die Möglichkeiten der Entspannung hängen für Senn von der konjunkturellen Entwicklung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auf die Rohstoffpreise ab. Für ihn hat sich die Lage nicht wesentlich gebessert; «mit dieser Situation werden wir noch lange leben müssen». Er würde deshalb längerfristige Regelungen begrüssen. Was die SBG anbetreffe, so sei diese bemüht, die Engagements sinnvoll zu reduzieren.

(Photo ruti)



An der Generalversammlung des Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Pressverbandes auf dem Wolfsberg TG standen nicht nur banken-, wirtschafts-, regional- und technologiepolitische Themen zur Debatte: die Gelegenheit wurde benutzt, um bei einer Schifffahrt sich den Kulturraum Bodensee erläutern zu lassen. (Photo ruti)



WAS HAT EIN BÄR MIT EINEM BULLEN GEMEINSAM?

Tatsächlich sehr wenig. Bullen neigen dazu, der Herde blindlings zu folgen, loszustürmen ohne nachzudenken. Kaum Eigenschaften, die Sie von Ihrem internationalen Vermögensberater erwarten.

Darum kommen private und institutionelle Anleger aus aller Welt zur Bank Julius Bär, einer der führenden Privatbanken, mit dem Ziel, ihre Vermögensanlage auf besonnene Art und Weise zu erhalten und zu vermehren.

Seit nunmehr über 40 Jahren haben wir uns in diesem Sinne in der internationalen Vermögensverwaltung bewährt.

JB B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 5111, Tx. 823 865